

SITZUNG DES VORSTANDS DER ETF 20. NOVEMBER 2012

PROTOKOLLS

1. EINLEITUNG

Die Sitzung des Vorstands der ETF findet am 20. November 2012 in Turin statt, den Vorsitz führt Jan TRUSZCZYŃSKI, Generaldirektor der GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission.

Das neue Vorstandmitglied aus Portugal, Isilda FERNANDES, wird willkommen geheißen. Alle vom Europäischen Parlament ernannten unabhängigen Sachverständigen nehmen an der Sitzung teil. Auch die Bediensteten der Kommission Gerhard SCHUMANN-HITZLER (Direktor, GD Erweiterung), Maria Rosa DE PAOLIS (GD DEVCO), Joao Delgado (Referatsleiter, GD Bildung und Kultur), Thomas BENDER (Referatsleiter, GD EMPL) und Ana STAN (GD Bildung und Kultur) sind anwesend. Miriam BREWKA PINO vertritt den Europäischen Auswärtigen Dienst. Die Personalvertretung der ETF wird von Pasqualino MARE vertreten.

Belgien, Estland, Frankreich, Griechenland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich sowie die Beobachter aus Aserbaidschan, der Türkei und Jordanien sind in der Sitzung nicht vertreten.

2. ANNAHME DER TAGESORDNUNG

Die Tagesordnung wird vom Vorstand ohne Änderungen angenommen.

3. FOLLOW-UP ZUR LETZTEN SITZUNG

i) Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 15. Juni 2012 wird wie vorgeschlagen genehmigt.

ii) Follow-up zu Aktionspunkten und schriftlichen Verfahren

Shawn MENDES (ETF) stellt die Maßnahmen vor, die als Follow-up zu der Sitzung im Juni 2012 durchgeführt wurden:

- Aktualisierung des Entwurfs des Arbeitsprogramms 2013 unter Berücksichtigung der Bemerkungen der Vorstandsmitglieder zu i) den Programmen der Östlichen Partnerschaft, ii) dem ETF-Risikomanagement und iii) einer klareren Ausprägung der Verbindung zwischen den politischen Rahmenbedingungen der EU und den von der ETF geförderten Maßnahmen.

- Der Bericht über die Umsetzung des Beschlusses des Vorstands auf Grundlage der Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Analyse und Bewertung der ETF-Verwaltungskosten wird im kommenden Jahr in der Sitzung des Vorstands im November 2013 vorgestellt.
- Zum Berichtigungshaushaltsplan 2/2012 wurde ein erfolgreiches schriftliches Verfahren durchgeführt, das am 11. Oktober 2012 in die Wege geleitet und am 17. Oktober 2012 abgeschlossen wurde.

4. ETF-ARBEITSPROGRAMM 2013

Madlen SERBAN und **Xavier MATHEU** stellen den zweiten Entwurf des ETF-Arbeitsprogramms vor, bei dem die in der Sitzung der Arbeitsgruppe des Vorstands vom 11. September 2012 erarbeiteten Vorschläge, die Erörterungen im Rahmen des strukturierten Dialogs der Europäischen Kommission vom 2. Oktober 2012 sowie die am 8. Oktober 2012 herausgegebene Stellungnahme der Europäischen Kommission berücksichtigt würden.

Die vorgenommenen Änderungen bezögen sich auf i) aktualisierte Projekthaushaltspläne, Zahl der Ergebnisse, ABB-Tabellen entsprechend den zusätzlich eingegangenen Anfragen; ii) Änderungen aufgrund der dienststellenübergreifenden Konsultation der Europäischen Kommission (Generalsekretariat (Juristischer Dienst) – Benennung von Organen und Einrichtungen; Europäischer Auswärtiger Dienst – Verweis auf die Mitteilung von Mai 2012 (Vorlage der ENP) sowie Verhandlungen über Freihandelszonen mit Armenien, Georgien und der Republik Moldau; GD Inneres – Verweis auf die Politik der EU zu Migration und Mobilität von Arbeitskräften; GD EMPL – Erhöhung der Investitionen in Länder der Östlichen Partnerschaft).

Die Gliederung des Entwurfs des Arbeitsprogramms sei gegenüber Juni unverändert: Ziele und thematische Prioritäten 2013, politischer Kontext, Tätigkeiten, die einen Beitrag zur Entwicklung des Humankapitals leisten, Ressourcenmanagement, Governance und Verwaltung.

Dem Arbeitsprogramm 2013 lägen folgende Annahmen zugrunde: Der Zuschuss der Europäischen Kommission belaufe sich auf 20 144 500 EUR, es seien insgesamt 135 Stellen vorgesehen und es stünden insgesamt 129,5 Vollzeitäquivalente zur Verfügung. Bei diesen Annahmen sei der von der Europäischen Kommission beschlossene Personalabbau von 1 % berücksichtigt.

Die Hauptziele für 2013 lauteten: Stärkung der ganzheitlichen, faktengestützten Analyse der Berufsbildungsreform in Partnerländern durch den Turin-Prozess; Stärkung der Kapazität der Partnerländer zur Entwicklung und Anwendung von Instrumenten für die faktengestützte Politikgestaltung; Verbesserung der Arbeitsmarktanalysen und der Prognosen sowie Förderung einer entsprechenden Überprüfung der Berufsbildungssysteme; Unterstützung des Programmplanungszyklus für die außenpolitischen Instrumente der EU und gegebenenfalls der externen Dimension interner Maßnahmen; Verbreitung relevanter Informationen über Fragen der Humankapitalentwicklung sowie Förderung des Austauschs einschlägiger Erfahrungen und bewährter Verfahren zwischen der EU und den Partnerländern sowie unter den Partnerländern.

Insgesamt seien 147 Leistungen für 2013 geplant, während in der mehrjährigen finanziellen Vorausschau 144 Leistungen vorgesehen seien. Dies sei auf die zusätzliche Aufnahme von zwei neuen Projekten, GEMM und FRAME, zurückzuführen. Die Tätigkeiten der ETF würden auf Regional- und Landesebene beschrieben. In jedem Partnerland werde in einem Umsetzungsplan nach der Annahme des Arbeitsprogramms im Einzelnen festgelegt, wie die Umsetzung in die Praxis erfolge. Auf Länder- und Regionalebene böten der Turin-Prozess, die Arbeit der ETF und ein politischer Dialog mit wichtigen Akteuren 2012 die Informationsgrundlage für die Aktivitäten der ETF. Auf der Basis einer Analyse der einzelnen Partnerländer lägen den thematischen Politikbereichen für die schwerpunktmäßige Unterstützung die folgenden fünf Kriterien für die

einzelnen Länder zugrunde: i) Priorität bei den EU-Außenbeziehungen und Vertragsverhältnissen; ii) Priorität der Humankapitalentwicklung in den EU-Außenbeziehungen und auf regionaler Ebene; iii) Priorität für die Humankapitalentwicklung anhand dokumentierter nationaler Strategien und Maßnahmen sowie Ressourcenzusagen; iv) Engagement der Akteure für die Humankapitalentwicklung in Form ihres Beitrags zu nationalen Reformstrategien und ihrer Beteiligung daran und v) Einbeziehung anderer Geber im Bereich Humankapital und Zusammenarbeit mit ihnen, um Überschneidungen zu vermeiden.

Was die regionalen Projekte betreffe, so beabsichtige die ETF die Fortsetzung des Projekts für integrative Bildung in der Erweiterungsregion und die Unterstützung von Maßnahmen für regionale Initiativen der EU und einen politischen Dialog. Auf Ersuchen der GD Bildung und Kultur und der GD Erweiterung werde die ETF das neue Projekt FRAME durchführen, mit dem die Entwicklung umfassender Strategien im Bereich Entwicklung von Humankapital unterstützt werde. In Osteuropa werde die ETF auch weiterhin im Zusammenhang mit dem regionalen Projekt zur beruflichen Weiterbildung sowie den Mobilitätspartnerschaften tätig sein. In Zentralasien werde der Schwerpunkt auf der Initiative zur Schulentwicklung liegen. Im südlichen Mittelmeerraum richte sich das Hauptaugenmerk auf die regionale Dimension sektoraler Qualifikationen sowie unternehmerisches Lernen und unternehmerische Fähigkeiten für KMU, wobei insbesondere die Unterstützung der Euromed-Charta, die soziale Partnerschaft, der politische Dialog im Rahmen der Union für den Mittelmeerraum und die Beschäftigungslage im Mittelpunkt stünden. Auf Ersuchen der GD Bildung und Kultur und der GD DEVCO werde die ETF zusätzlich das Projekt zur Governance für Beschäftigungsfähigkeit im Mittelmeerraum (GEMM) durchführen.

Es werden Beispiele für länderbezogene Tätigkeiten speziell für Libyen, Aserbaidschan, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Kasachstan präsentiert.

Die ETF plane die Fortsetzung methodischer Entwicklungen, um durch die Konsolidierung der Torinet-Netzwerke in elf Partnerländern und die Stärkung der Kapazität der ETF zur Erfassung und Weitergabe des durch ihre Tätigkeiten generierten Wissens eine evidenzbasierte Politikgestaltung und das Wissensmanagement zu unterstützen.

Auf der im Mai 2013 geplanten Unternehmenskonferenz würden die Ergebnisse des Turin-Prozesses 2012 von allen Ländern diskutiert werden.

Im Hinblick auf themenbezogenes Fachwissen seien die sechs Wissensgemeinschaften, die den Entwicklungen in der EU, in den Partnerländern und auf internationaler Ebene Rechnung trügen, die im Rahmen der ETF erworbenen Kenntnisse bewahrten und konsolidierten, den regionalen und Länderprojekten der ETF inhaltliche Unterstützung gäben und nach neuen Tätigkeitsfeldern suchten, unter folgenden Gesichtspunkten weiter auszugestalten: i) Qualifikationen und Qualität, ii) regionale Entwicklung und Governance, iii) nachhaltige Entwicklung, iv) Beschäftigung und Beschäftigungsfähigkeit, v) soziale Integration sowie vi) unternehmerisches Lernen und unternehmerische Fähigkeiten. Gleichzeitig würden drei Projekte zur Entwicklung von methodischen Instrumenten für die Länderarbeit fortgesetzt: i) Abstimmung und Antizipation von Kompetenzen, ii) Lernen in unterschiedlichen Kontexten und iii) Migration und Kompetenzen.

Madlen SERBAN stellt das Projekt GEMM vor, das darauf abziele, einen Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen und von Frauen zu leisten, indem die Qualität und Relevanz der Berufsbildungssysteme in der Region durch den Kapazitätsaufbau der verschiedenen Akteure in der Governance der Berufsbildung auf nationaler (System-) und lokaler Ebene verbessert würden. Das Projekt sei auf zwei Zielgruppen ausgerichtet: i) auf Ebene der politischen Entscheidungsfindung (national) – politische Entscheidungsträger im Bereich der Berufsbildung, für die Berufsbildung zuständige Behörden, Sozialpartner (Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter) sowie Organisationen der Zivilgesellschaft; und ii) auf Ebene der

Einrichtungen der Berufsbildung/Schulen (lokal/regional) – Schulleiter (öffentlich, privat), Schulverwaltungsräte (einschließlich von Vertretern von Lehrern und Ausbildern) sowie abhängig von den Pilotprojekten Interessengruppen wie lokale Arbeitgeber, Eltern- und Studierendenvereinigungen, im Bereich Berufsbildung tätige lokale Behörden, usw. Die Governance werde in Zusammenhang mit der Finanzierung und Qualitätssicherung in der Berufsbildung berücksichtigt. Regierungen und Sozialpartner würden motiviert und ihre entsprechenden Kapazitäten würden gestärkt, um partnerschaftlich eine aktive Rolle bei der Gestaltung von Berufsbildungssystemen zu spielen. In dem Vorschlag der GD Bildung und Kultur und der GD DEVCO sei die Zuweisung zusätzlicher Mittel in Höhe von 2 Mio. EUR zur Steigerung der Wirkung der Tätigkeiten der ETF für das von Oktober 2012 bis März 2016 laufende Projekt vorgesehen.

Das Projekt FRAME (Unterstützung der Entwicklung umfassender Strategien für die Entwicklung von Humankapital in den Erweiterungsländern) gehe auf das Ersuchen der GD Erweiterung und der GD Bildung und Kultur zurück und ziele auf eine Unterstützung bei der Erarbeitung umfassender Strategien für die Entwicklung von Humankapital in enger Zusammenarbeit mit den Interessengruppen in sieben Ländern. Dabei handele es sich um eine wichtige Initiative der ETF über zwei Jahre. Die GD Erweiterung werde einen zusätzlichen Betrag von 1,4 Mio. EUR bereitstellen. Das Projekt werde die folgenden Arbeitsschritte umfassen: i) Entwicklung eines umfassenden Pakets von methodischen Instrumenten für die Planung und Bewertung institutioneller Regelungen, ii) Ermittlung einer Reihe von Indikatoren für die Überwachung der Wirksamkeit von Strategien, iii) Aufbau der Kapazitäten der nationalen Akteure für die Nutzung und Einbeziehung dieser Instrumente in ihre Politikgestaltung sowie iv) Beitrag zu den Länderstrategiepapieren der GD Erweiterung für den Zeitraum 2014-20. Die ETF werde mit den übrigen strategischen Akteuren in der Region, darunter auch der Regionale Kooperationsrat (RCC), eine Koordinierungsfunktion übernehmen.

Wie in den Vorjahren orientiere sich auch der Entwurf des Arbeitsprogramms 2013 an bestimmten Grundsätzen. Planung und Verwaltung der Aktivitäten zur Verwirklichung der Zielsetzungen und für eine effiziente Nutzung der Ressourcen erfolgten auf der Grundlage einer tätigkeitsbezogenen Haushaltsplanung. Zur Überwachung der Fortschritte im Jahresverlauf anhand quantitativer und qualitativer Indikatoren werde eine Baseline festgelegt. Die wichtigsten mit den Tätigkeiten und Leistungen verbundenen Risiken würden ermittelt, so dass geeignete Maßnahmen eingeleitet werden könnten. Die Planung folge einem Kaskadenprinzip und sei mehrdimensional (geografische, funktionale und thematische Dimension).

Torben KORNBECH RASMUSSEN (Dänemark) ersucht um genaue Informationen über die Auswirkungen des Ersuchens der GD Inneres in Bezug auf die Migrationspolitik der EU. **Madlen SERBAN** erläutert, dass die legale Zuwanderung nach dem Konzept der EU eine kompetenzbezogene Dimension umfasse. Nach diesem Kontext entwickle die ETF im Rahmen der Mobilitätspartnerschaften eine Reihe von Maßnahmen für Armenien und die Republik Moldau und arbeite bei bestimmten Maßnahmen auf Anfrage mit der Europäischen Kommission in Georgien, Marokko oder Tunesien zusammen.

Der Vorstand genehmigt das Arbeitsprogramm der ETF für 2013 ohne Bemerkungen.

5. ENTWURF DES ETF-HAUSHALTSPLANS 2013

Alastair MACPHAIL (ETF) stellt den Entwurf des Haushaltsplans 2013 vor und erklärt, dieser gelte erst nach der Feststellung des EU-Haushaltsplans als endgültig angenommen. Sofern Änderungen an der vorgestellten Fassung erforderlich seien, werde die Genehmigung des Vorstands im schriftlichen Verfahren eingeholt.

Die Annahme des Gesamthaushaltsplans der EU für 2013 sei gescheitert und die Europäische Kommission werde einen neuen Vorschlag vorlegen, bei dem die Zuweisung für die ETF unverändert sei.

Der Entwurf des Haushaltsplans beruhe auf den Leitlinien der Europäischen Kommission mit einem nominalen Einfrieren des Zuschusses und einem Personalabbau (von 1 365 auf 1 345) und einer Kürzung der Personalkosten von 1 %. Der Vorschlag der Europäischen Kommission für den mehrjährigen Finanzrahmen 2014-20 umfasse einen vorzunehmenden Personalabbau von 5 % über fünf Jahre für alle EU-Organe und sonstigen Einrichtungen. Die Umsetzung beginne im Jahr 2013.

Der Vorschlag enthalte einen Zuschuss in der gleichen Höhe wie in den vergangenen Jahren. Es seien eine leichte Erhöhung der Personalausgaben und eine geringfügige Kürzung unter Titel 2 festzustellen. Die übrigen Einnahmen würden aus den neuen Projekten GEMM (2 Mio. EUR) und FRAME (1,4 Mio. EUR) stammen, die in den Haushaltsplan für das kommende Jahr aufgenommen würden. Die ETF werde die Genehmigung eines Berichtigungshaushaltsplans beantragen, sobald die Mittel überwiesen würden.

Jan TRUSZCZYŃSKI weist darauf hin, dass die Zahlen für 2013 von den Standpunkten der Mitgliedstaaten und des Parlaments abhingen. Des Weiteren erklärt er, dass keine Einigung zum Berichtigungshaushaltsplan 2012 erreicht und die Europäische Kommission um die Vorlage einer neuen Fassung gebeten worden sei. Ziel sei die Genehmigung des Gesamthaushaltsplans der EU im Dezember in der letzten Sitzung des Parlaments.

György SZENT-LÉLEKY (Ungarn) ersucht um weitere Informationen über die Ausgaben unter Titel 2 Gebäude und Infrastruktur. **Alastair MACPHAIL** erläutert, dass unter Titel 2 Ausgaben in Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen der ETF ausgewiesen würden – Instandhaltung des Gebäudes, IKT, mögliche Nachrüstungen von Ausrüstung, Post und Telekommunikation, usw. Die ETF zahle für ihre Räumlichkeiten in Turin an die italienischen Behörden eine symbolische Miete in Höhe von 1 EUR pro Jahr. Dies gehe auf die Anfangsinvestition von 5 Mio. ECU zurück, die die Europäische Kommission ursprünglich für die Umstrukturierung des Gebäudes getätigt habe. Im Jahr 2013 seien Verhandlungen mit den regionalen Behörden, den Eigentümern des Gebäudes, aufgenommen worden und offenbar könnten die Verwaltungskosten steigen.

Karl WIECZOREK (Österreich) ersucht um eine Klarstellung zur Kürzung des Haushaltsplans von 5 %. **Alastair MACPHAIL** führt aus, dass die Kürzung von 5 % über einen Zeitraum von fünf Jahren angewendet werde, so dass sich ab 2013 eine Kürzung von 1 % jährlich ergebe, die auch die Personalkosten umfasse.

Der Vorstand nimmt den Haushaltsplan 2013 an und nimmt zur Kenntnis, dass die endgültigen Zahlen nach der endgültigen Feststellung des Gesamthaushaltsplans der EU durch den Rat und das Europäische Parlament bekannt sein werden.

6. VORLÄUFIGER ENTWURF DES VORANSCHLAGS DER EINNAHMEN UND AUSGABEN SOWIE ZUGRUNDE LIEGENDE ALLGEMEINE LEITLINIEN 2014

Alastair MACPHAIL stellt den Entwurf des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben vor, der die ersten Schritte des Haushaltsverfahrens darstelle. Er erläutert, die Grundlage für den bei der Europäischen Kommission eingereichten Antrag für den Haushaltsplan 2014 bilde der von der Europäischen Kommission im mehrjährigen Finanzrahmen 2014-20 vorgesehene Betrag. Die ETF beantrage eine Erhöhung von 2 % gegenüber dem Haushaltsplan 2013 als Inflationsausgleich.

Hinsichtlich der Personalausstattung plane die ETF, bis Ende 2013 alle Stellen besetzt zu haben, wobei Titel 2 unverändert bleibe und die operativen Ausgaben um 5 % erhöht würden. Die ETF werde ihr ständiges Personal um 1 % verringern. Darüber hinaus werde die ETF mit den zweckgebundenen Mitteln für die beiden neuen Projekte FRAME und GEMM für die Laufzeit der Projekte zusätzliche Bedienstete (Vertragsbedienstete) einstellen.

Der Vorstand nimmt den vorläufigen Entwurf des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben und die zugrunde liegenden allgemeinen Leitlinien 2014 an.

7. BERICHTIGUNGSHAUSHALTSPLAN DER ETF FÜR 2012

Alastair MACPHAIL teilt mit, dass der erste Berichtigungshaushaltsplan 2012 in der Sitzung des Vorstands im Juni angenommen worden sei. Die zweite geänderte Fassung sei im Oktober im schriftlichen Verfahren zur Genehmigung vorgelegt worden. Grund sei die Neuuzuordnung einiger der Einsparungen bei den Personalkosten gewesen, die darauf zurückzuführen gewesen sei, dass der Rat die Gehaltsangleichung nicht angenommen habe. Bei den Ausgaben im Rahmen des Zuschusses sei keine Änderung zu verzeichnen und eine Senkung der Personalkosten von 2,7 % sei aufgrund einer Modernisierung der Arbeitsplätze und Ausrüstung teilweise den Ausgaben für Titel 2 – Gebäude und Infrastruktur zugeordnet worden. Der Restbetrag sei unter den operativen Ausgaben ausgewiesen. Der Zuschuss belaufe sich auf insgesamt 20 144 530 EUR.

8. KOOPERATIONSVEREINBARUNGEN

Madlen SERBAN stellt drei Kooperationsvereinbarungen vor, die dem Vorstand zur Genehmigung vorgelegt würden. Sie betont den Beschluss der ETF, den Mehrwert ihrer Maßnahmen durch eine bessere Koordinierung mit den Einrichtungen in den EU-Mitgliedstaaten und internationalen und regionalen Stellen zur Stärkung des politischen Dialogs und des gegenseitigen Lernens im Hinblick auf die Entwicklungen im Bereich der Berufsbildung in der EU zu erhöhen.

Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung mit dvv international würden die folgenden Ziele angestrebt: i) Stärkung und Unterstützung der Entwicklung der Berufsbildung in den Partnerländern mit Schwerpunkt auf der Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen sowie ii) Wissensaustausch im Bereich Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen.

Was die Kooperationsvereinbarung der ETF mit dem International Institute for Administrative Sciences/ European Group for Public Administration (EGPA) anbelange, so beziehe sich das Hauptziel auf die Förderung einer Verbesserung der öffentlichen Politik in den Partnerländern der ETF. Dies stehe in Zusammenhang mit der Aufgabe der ETF, Informationen zu verbreiten, die Vernetzung zu fördern sowie den Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren im Bereich Humankapitalentwicklung zu unterstützen. Einige der Sitzungen im Rahmen der regionalen Veranstaltung der ETF in Jordanien (September 2012) seien gemeinsam mit der EGPA organisiert worden.

Die Kooperationsvereinbarung zwischen der ETF und dem Regional Cooperation Council Secretariat zielen darauf ab, i) die Kooperation im Bereich Humankapital sowie bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region auszubauen, ii) die wichtigen regionalen Interessengruppen für die Bedeutung des Humankapitals für die Entwicklung der Region zu sensibilisieren sowie iii) einen strukturierten Wissensaustausch zwischen den Einrichtungen und sonstigen Initiativen des Regionalen Kooperationsrats (RCC) im Bereich Aufbau und Stärkung von Humankapital bzw. wirtschaftliche und soziale Entwicklung sicherzustellen.

In den Kooperationsvereinbarungen sei eine jährliche Bewertung der Umsetzung vorgesehen und die Ergebnisse würden im jährlichen Tätigkeitsbericht vorgestellt.

Der Vorstand nimmt sämtliche Kooperationsvereinbarungen an.

9. STRATEGISCHER PRÜFPLAN 2013-2015 DES INTERNEN AUDITDIENSTES (IAS)

Jan TRUSZCZYŃSKI stellt den strategischen Prüfplan 2013-15 vor, da der Interne Auditdienst (IAS) nicht an der Sitzung des Vorstands teilnehmen kann.

Der Prüfplan beruhe auf der im Juli 2012 vom Internen Auditdienst durchgeführten Risikobewertung und umfasse die wichtigsten operativen und administrativen Prozesse der ETF. Das Ziel bestehe in der Festlegung detaillierterer und zielgerichteter Prüft Themen auf der Grundlage einer Risikobewertung unter Beteiligung der Agenturen. Die Erfassung von Risiken erfolge auf Ebene der Unterprozesse (operativ und Unterstützung) mithilfe des MARCI-Modells.

Zur Bestimmung des geeignetsten Prüfkonzepts in Zusammenhang mit den bewerteten Risiken werde der Interne Auditdienst die MARCI-Methodik zugrunde legen. Nach dieser Methodik müsse die Bewertung von Risiken nach den folgenden Dimensionen erfolgen: Auswirkung (inhärentes Risiko) eines Risiko bei einem Kontrollversagen sowie Gefährdung (Restrisiko) nach Anwendung von Kontrollen. Das Prüfkonzept hänge von der Kombination dieser beiden Dimensionen entsprechend der nachstehenden Beschreibung ab:

1. Verbesserung der Risikobegrenzung: Wenn das Management nicht bestätigen könne, dass die Kontrollen wirksam oder effizient seien, müssten Maßnahmen zur Begrenzung dieser Risiken eingeleitet werden. In diesem Fall könne der Mehrwert begrenzt sein, sofern durch die Tätigkeiten des Internen Auditdienstes lediglich bestehende Risiken, die dem Management bereits bekannt seien, bestätigt werden könnten. Der Interne Auditdienst könne jedoch Empfehlungen aussprechen, die das Management bei der Entwicklung und Konzipierung von Kontrollen zur Risikominderung und Weiterverfolgung von Abhilfemaßnahmen zu berücksichtigen habe.
2. Bestätigung: Wenn das Management eine hinreichende Zuverlässigkeit bestätige, dass die Kontrollen zur Vermeidung, Feststellung und Behebung von Risiken sowohl wirksam als auch effizient seien, bestehe die Aufgabe des Internen Auditdienstes in der Bestätigung der Zuverlässigkeit der Kontrollen durch das Management. Wenn das Management nur eine „eingeschränkte“ Zuverlässigkeit bescheinigen könne, d. h. die Kontrollen nur zum Teil funktionierten, habe der Interne Auditdienst die für wirksam erachteten Kontrollen zu prüfen und in anderen Bereichen gegebenenfalls Verbesserungsmaßnahmen zu unterstützen.
3. Umschichtung von Ressourcen: Der Interne Auditdienst könne Kontrollen von Abläufen, die zu Risiken mit geringer Wirkung auf den Wert und niedrigem Risikopotenzial führten, im Hinblick auf ihre Wirksamkeit überprüfen und Empfehlungen zur Verbesserung der Effizienz erarbeiten.
4. Maßnahmen mit kumulativer Wirkung: Bei geringer Wirkung auf den Wert in Verbindung mit einem hohen Risikopotenzial könne der Interne Auditdienst die kumulative Wirkung und Häufigkeit bewerten, um zu ermitteln, ob diese Risiken eine signifikantere Wirkung aufwiesen.

Der Interne Auditdienst schlage vier Prüfungen im Zeitraum 2013-15 vor.

1. Sachverständige und Dienstreisen - Umfang: Planung, Begründung und Überwachung von Dienstreisen und Sachverständigen; Mittelplanung für Dienstreisen und Sachverständige; Auswahl von Sachverständigen und Umgang mit möglichen Interessenkonflikten von

Sachverständigen sowie System für die Erstattung von Dienstreisekosten (Konformität mit dem bestehenden Regelungsrahmen).

2. Leistungsmanagementsystem und Bewertungsmaßnahmen - Umfang: in der ETF eingeführte Leistungsmessungs- und Leistungsmanagementsysteme sowie von der ETF entwickelte Bewertungsverfahren.
3. Geografische Operationen (Konzeption und Umsetzung): Der Umfang beziehe sich auf die in der ETF eingerichteten Systeme und entwickelten Verfahren für die Qualitätssicherung der Leistungen der ETF, die von der Abteilung Geografische Operationen erbracht würden.
4. ETF-Risikomanagement, Prioritäten und Ad-hoc-Anfragen - Umfang: Grundsätze sowie entwickelte und eingeführte Verfahren in Bezug auf das Risikomanagement, Prioritäten und Ad-hoc-Anfragen.

In Beantwortung einer Frage von **Maria Rosa DE PAOLIS** (GD DEVCO) zur Verfügbarkeit eines Aktionsplans für die Weiterverfolgung von im Rahmen von Besuchen des Internen Auditdienstes unterbreiteten Empfehlungen und bei der Ermittlung hoher Risiken durch den Internen Auditdienst erläutert der Vorsitzende, dass keine hohen Risiken ermittelt und im Jahr 2012 keine Prüfung durchgeführt worden seien, da die auf Ebene der ETF vorgenommene Risikobewertung als wichtige Maßnahme betrachtet worden sei.

Tarja RIIHIMAKI (Finnland) fragt, ob das Risiko von Haushaltskürzungen bei den vom Internen Auditdienst erfassten Risiken berücksichtigt werden könne. Der Vorsitzende führt dazu aus, dass alle EU-Organe entsprechend den geltenden Vorschriften mit vorläufigen Zwölfteilen arbeiteten, sofern der Haushaltsplan 2013 bis zum Jahresende nicht angenommen werde.

Sara PARKIN (vom Europäischen Parlament benannte unabhängige Sachverständige) betont die Rolle des Vorstandes und weist auf einen damit in Zusammenhang stehenden Satz im Dokument des Internen Auditdienstes (IAS) hin.

Der Vorstand nimmt den Strategischen Prüfplan 2013-2015 des Internen Auditdienstes (IAS) an.

10. STRATEGIEPLANUNGSDOKUMENT 2014-20 DER ETF

Madlen SERBAN stellt das Strategieplanungsdokument 2014-20 der ETF vor.

Das Dokument diene lediglich zur Diskussion. Es bilde die Grundlage für die Mittelfristige Perspektive 2014-17 der ETF, die dem Vorstand im kommenden Jahr vorgestellt werde. An der allgemeinen Vision und dem Auftrag des ETF seien keine Änderungen vorgesehen. Sie hebt die folgenden Handlungsgrundsätze hervor:

- Die ETF sei eine EU-Agentur, die unparteiisch und nichtkommerziell Fachwissen auf dem Gebiet der öffentlichen politischen Strategien für die Entwicklung des Humankapitals zur Verfügung stelle.
- Die ETF fördere die Teilhabe und die breite Beteiligung der einschlägigen Interessengruppen. In diesem Zusammenhang unterstütze die ETF die Konsensbildung und das gegenseitige Lernen zwischen den Interessengruppen und verknüpfe so die Politikanalyse mit der Absprache politischer Entscheidungen und deren Umsetzung.
- Die ETF stütze sich auf einen ganzheitlichen und erkenntnisbasierten Ansatz, der den Besonderheiten des jeweiligen Landes Rechnung trage. Die Berufsbildung werde in einem größeren Kontext hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Beschäftigung, die soziale Integration, die Unternehmensentwicklung, die Wettbewerbsfähigkeit und die nachhaltige Entwicklung betrachtet.

- Die Prioritäten der ETF würden kontinuierlich an Änderungen im operativen Umfeld, Prioritäten der EU und spezifische Anfragen der Europäischen Union angepasst.

Die beiden wichtigsten Tätigkeitsfelder seien: i) faktengestützte Politikgestaltung und ii) Unterstützung der Politik der Europäischen Union.

i) Im Rahmen der faktengestützten Politikgestaltung beabsichtige die ETF, die Entwicklung von Erkenntnissen und Kapazitäten der Partnerländer in allen Phasen des berufsbildungspolitischen Zyklus zur Förderung von Innovation und nachhaltiger Entwicklung zu unterstützen, indem die Bereitstellung kohärenter, kontinuierlicher, spezifischer und fundierter Unterstützung und der Kapazitätsaufbau im Bereich der politischen Analyse und Beratung gestärkt würden. Hierzu sei vorgesehen: i) Stärkung des ganzheitlichen Ansatzes für den Beitrag der Berufsbildung im Rahmen einer Perspektive des lebenslangen Lernens zu einer nachhaltigen Entwicklung mit Schwerpunkt auf Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Integration; ii) Unterstützung einer Politikentwicklung auf Grundlage von Fakten unter Mitwirkung aller einschlägigen Interessengruppen und einer gemeinsamen Vision; iii) Berücksichtigung der allgemeinen internationalen Entwicklungen im Bereich Humankapitalentwicklung mit besonderem Schwerpunkt auf Bereichen, in denen für die Partnerländer ein höherer Mehrwert erzielt werden könne; und iv) Schaffung von Lernmöglichkeiten für Netzwerke von Interessengruppen im Bereich Politikanalyse.

Zudem plane die ETF die Fortführung des Kapazitätsaufbaus bei der Entwicklung und Umsetzung von politischen Strategien in der Berufsbildung sowie eine stärkere Unterstützung bei der Überwachung und Bewertung in den Ländern. Die geförderten Maßnahmen zielten auf eine Verbesserung der politischen Koordinierungsprozesse unter den Interessengruppen und verschiedenen Regierungsebenen bei der Ausarbeitung von politischen Strategien, die Schaffung von Lernmöglichkeiten für Interessengruppen bei der Umsetzung der Politik, die Entwicklung von Methoden und Instrumenten zur Stärkung der Kapazitäten in den Partnerländern für die Umsetzung der Politik sowie die Unterstützung bei der Einführung von politischen Strategien für die Berufsbildung und den dazugehörigen Regelungsrahmen in den Partnerländern.

Gleichzeitig werde die ETF Analysen von Bestandsaufnahmen und politische Initiativen in einer ausgewählten Reihe von Themen in jedem Land fördern, durch experimentelle Maßnahmen Möglichkeiten für politische Lernprozesse als Grundlage für die Durchführung durchgreifender Strategien schaffen, die Verbreitung bewährter Verfahren bei der politischen Durchführung der Partnerländer und der EU unterstützen, die Wirksamkeit der durchgeführten politischen Maßnahmen in den Partnerländern bewerten und Kapazitäten für die Prüfung von Strategien auf Grundlage der durch die Bewertung, Überwachung und Evaluierung von Verfahren gewonnenen Erfahrungen aufbauen.

ii) Zudem werde auf die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der politischen Unterstützung der EU verwiesen, zu denen Maßnahmen zählten, die auf eine Stärkung der Unterstützung der EU in den Partnerländern, die Verbesserung der externen Dimension der Politik der EU im Bereich Strategien für die Humankapitalentwicklung und die Bereitstellung einer Plattform für den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zwischen den Organen und Einrichtungen der EU und den Partnerländern auf nationaler und regionaler Ebene abzielten.

Die Zusammenarbeit und Kommunikation mit maßgeblichen Interessengruppen, die eine aktive Rolle bei der Entwicklung von Humankapital spielten, würden in Beziehungen mit den Organen, Einrichtungen, Agenturen und sonstigen Interessengruppen der EU, den EU-Mitgliedstaaten, internationalen Organisationen und internationalen Entwicklungsbanken und durch eine Verbesserung der Qualität der Kommunikation mit den Interessengruppen und Netzwerken der Partnerländer gefördert.

Ein weiteres Ziel der ETF bestehe darin, eine durch Zuverlässigkeit und Effizienz geprägte EU-Organisation zu sein, die die Ergebnisse maximiere und die Effizienz steigere, und in diesem Zusammenhang werde eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen.

Die bis 2020 angestrebten Ergebnisse bezögen sich auf einen Beitrag der ETF in den Partnerländern in folgenden Bereichen: i) eine wirksamere Politik im Bereich Berufsbildung mit besserer Governance sowie ii) Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit und besserer sozialer und territorialer Zusammenhalt. Dies erfolge durch eine Stärkung der Rechenschaftspflicht und des Vertrauens sowie die Entwicklung und Konsolidierung von Fachwissen zum Nutzen der Partnerländer und der EU.

Jean-François MEZIÈRES (vom Europäischen Parlament benannter unabhängiger Sachverständiger) dankt der ETF für die Qualität des Dokuments und macht einige allgemeine Bemerkungen, wobei er die Bedeutung einer Öffnung der Perspektive des Dokuments betont und darauf hinweist, dass Ereignisse wie der Arabische Frühling vor drei Jahren, als die Mittelfristige Perspektive erörtert worden sei, nicht vorhergesehen werden konnten. Aus diesem Grund seien unterschiedliche Szenarien denkbar. Als Beispiele nennt er den Einfluss wichtiger Themen wie die wirtschaftliche Erholung, hohe Arbeitslosigkeit, der informelle Sektor oder die Art, in der öffentliche Politik in den Ländern entwickelt werde, auf die Tätigkeiten der ETF. Ein weiteres wesentliches Element beziehe sich auf die Entwicklung der Berufsbildung und lebenslanges Lernen sei ein wichtiger Bereich, in den in der nächsten Zeit investiert werden müsse. Soziale Netzwerke oder IKT seien Elemente, mit denen die Aktualisierung von Kenntnissen und Fertigkeiten gewährleistet und erleichtert werden könne und denen möglicherweise größere Aufmerksamkeit zu widmen sei.

Gerhard SCHUMANN-HITZLER (GD Erweiterung) betont die Bedeutung der Arbeit der ETF für die GD Erweiterung. Außerdem begrüßt er die Tatsache, dass die ETF ihre Rolle als bedarfsorientiert betrachte und somit die Politik der EU unterstütze. Er schätzt den ganzheitlichen Ansatz, durch den die Teilhabe der Partnerländer gefördert werde, sowie den ergebnisorientierten differenzierten Ansatz. Der Vorsitzende teilt diesen Standpunkt.

Torben KORNBECH RASMUSSEN (Dänemark) äußert sich anerkennend über das Dokument. Er betont die Bedeutung des Vorschlags der ETF, die bislang durchgeführten Tätigkeiten auszubauen, und schlägt vor, die Verbindungen zwischen Berufsbildung und Hochschulbildung zu den vorgeschlagenen Maßnahmen aufzunehmen.

Miriam BREWKA PINO (EAD) verweist auf die Qualität des Dokuments und dankt der ETF für ihrer proaktiven Ansatz für die Unterstützung der Entwicklungen in der Nachbarregion sowie ihre Tätigkeiten im Bereich Humankapitalentwicklung.

11. STAND IN BEZUG AUF DEN BESUCH DES EUROPÄISCHEN DATENSCHUTZBEAUFTRAGTEN 2012

Alice PISAPIA (ETF) informiert den Vorstand, dass der Europäische Datenschutzbeauftragte (EDSB) einen allgemeinen Bericht und ein Schreiben über die Einhaltung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 herausgegeben habe. Der EDSB habe die ETF besucht und einem Aktionsplan zugestimmt. Folgende wichtige Ergebnisse seien zu nennen:

- Es seien alle Verarbeitungsvorgänge mit personenbezogenen Daten ermittelt und dem EDSB sei ein aktualisiertes Verzeichnis zur Verfügung gestellt worden.
- Durch die Benennung von zuständigen Personen für jeden Tätigkeitsbereich sei eine Struktur zur Gewährleistung der korrekten Umsetzung der Verordnung geschaffen worden (Beschluss des Direktors ETF/12/DEC/004).

- Nach einer Beratung mit dem EDSB seien die Durchführungsvorschriften überarbeitet und angenommen worden (Beschluss des Direktors ETF/12/DEC/015).
- Die einschlägigen Verarbeitungsvorgänge seien dem behördlichen Datenschutzbeauftragten (DSB) von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen mitgeteilt und in das Register gemäß ex-Artikel 25 der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 aufgenommen worden. Aus allen Verarbeitungen mit personenbezogenen Daten (Register gemäß ex-Artikel 25) habe der behördliche Datenschutzbeauftragte mit Unterstützung des EDSB diejenigen ausgewählt, die aufgrund ihres Charakters, ihrer Tragweite oder ihrer Zweckbestimmungen besondere Risiken für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen beinhalten könnten.
- Das Register des behördlichen Datenschutzbeauftragten sei Ende Oktober 2012 an den EDSB übergeben worden, um die Verbesserung bei der Einhaltung der Bestimmungen der Verordnung nachzuweisen.
- Die entsprechend den Leitlinien des EDSB erarbeitete Videoüberwachungspolitik der ETF sei angenommen worden (Beschluss des Direktors ETF/12/DEC/015).
- Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 sei eine Kurzfassung dieser Strategie auf der Webseite der ETF veröffentlicht und eine spezielle Seite im Intranet der ETF eingerichtet worden.

12. VERSCHIEDENES

Giedre BELECKIENE (Litauen) teilt mit, dass der litauische Ratsvorsitz die nächste Sitzung der für Berufsbildung zuständigen Generaldirektoren am 13./14. November 2012 organisieren werde. Diese werde mit einer Konferenz des Ratsvorsitzes über die Einbeziehung aller Akteure in der Berufsbildung verbunden.

13. TERMIN DER NÄCHSTEN SITZUNG

Die nächste Sitzung des Vorstands findet am 14. Juni 2013 in Turin statt.

FOLGEMASSNAHMEN:

Nach der Feststellung des Gesamthaushaltsplans der EU für 2013 wird die ETF gegebenenfalls ein schriftliches Verfahren zur Genehmigung der Änderungen in die Wege leiten, die möglicherweise am Arbeitsprogramm 2013 und am Haushaltsplan 2013 vorgenommen werden.

Nach Eingang der Mittel für die neuen Projekte GEMM und FRAME wird die ETF eine Änderung des Haushaltsplans 2013 im schriftlichen Verfahren beantragen.

